

## BRASILIEN

**Angriff auf Land und Leben**

Olivier Schmid

**Vertrieben von ihrem Land, leiden die indigenen Guarani unter Hunger und Armut. Zwar garantiert ihnen die brasilianische Verfassung Zugang zu Land, doch die Agrarlobby ist stärker. Jetzt fordern sie in Washington ihr Menschenrecht auf Nahrung ein.**

Brasilien ist ein Land mit extremen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten. Eine der Hauptursachen ist die ungerechte Landverteilung. Knapp fünf Millionen Kleinbauernfamilien sind landlos, während fast die Hälfte des Landes einem Prozent der Bevölkerung gehört. Grossgrundbesitzer und Agrarkonzerne betreiben auf diesem Land extensive Viehwirtschaft. Sie bauen in riesigen Monokulturen Soja für den Export und Zuckerrohr für die Produktion von Agrotreibstoffen an oder bauen Bodenschätze ab.

So auch in Mato Grosso do Sul im Südwesten des Landes, wo die Guarani-Kaiowa leben. Aus dieser Region stammt mehr als die Hälfte der landesweiten Maniok-, Mais-, Soja- und Zuckerrohrproduktion. Die Savannenwälder oder «Tekoha», wie die Guarani das Land ihrer Ahnen nennen, wurden in enormem Ausmass abgeholzt. Monokulturen und Pestizide haben die Biodiversität zerstört. Und die Agrarunternehmen dringen immer weiter vor: In den letzten fünf Jahren hat sich allein die Anbaufläche für Zuckerrohr mehr als verdreifacht und es wurden 40 neue Ethanol-Fabriken gebaut.

**Ohne Land und Perspektiven**

Während die Agrarindustrie das Land der Guarani-Kaiowa ökonomisch ausbeutet und riesige Mengen an Soja und Zuckerrohr exportiert, leben die 30 000 Angehörigen des indigenen Volkes unter prekären Verhältnissen in überfüllten Reservaten oder behelfsmässigen Zelten an den Strassenrändern. Nach Regenfällen sind diese Unterkünfte oft überflutet und Krankheiten breiten sich aus.

Von ihrem angestammten Land vertrieben, können sich die Jäger, Sammler und Kleinbauern nicht mehr selbst ernähren. Zwar erhalten sie staatliche Nahrungsmittelhilfe, die Ernährungssituation ist aber dennoch prekär: Jährlich sterben 41 von 1000 Kindern an Unterernährung, dreimal mehr als im landesweiten Durchschnitt. Ein Problem sind auch die im Sojaanbau eingesetzten Pestizide, die das Trinkwasser verseuchen. Zudem gibt es weder eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung noch haben die Jugendlichen Zugang zu Bildung.



Jährlich sterben 41 von 1000 Kindern der Guarani an Unterernährung, dreimal mehr als im landesweiten Durchschnitt.

Ihrer traditionellen Lebensweise beraubt, verdingen sich die Guarani als Tagelöhner unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf den Zuckerrohrplantagen oder in den Ethanol-Fabriken der Grossgrundbesitzer. Viele der Guarani werden krank und erleiden infolge fehlender Perspektiven eine Identitätskrise. Alkohol- und Drogenmissbrauch sind weit verbreitet und die Selbstmordrate ist sehr hoch: In den letzten zwölf Jahren haben sich zwei Prozent der Guarani das Leben genommen, 70 Prozent von ihnen waren Jugendliche.

### **Ein Kampf um Recht und Leben**

Die Vertreibung der Guarani durch Grossgrundbesitzer nahm bereits im 20. Jahrhundert ihren Anfang. Mit der Ausbreitung der Sojakulturen und Rindviehwirtschaft in den 1970er-Jahren stand den Guarani immer weniger Land zur Verfügung und die Landkonflikte spitzten sich zu. Auf Druck der brasilianischen Zivilgesellschaft, insbesondere der indigenen Organisationen und ihren Unterstützungsgruppen, verankerte die brasilianische Regierung das Recht der indigenen Völker auf ihr angestammtes Land 1988 in der Verfassung. Innerhalb von fünf Jahren hätte die Regierung alle Gebiete, die indigenen Völkern zustehen, ausweisen und zur Nutzung an sie zurückgeben müssen.

Massive Interventionen der Agrarlobby und der transnationalen Konzerne sowie nicht funktionierende staatliche Strukturen behindern diesen Prozess aber bis heute. Lokale Eliten betrachten den Anspruch indigener Völker auf ihren Lebensraum als Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung. Bereits unter Präsident Lula da Silva gab die Regierung indigenes Land nur unter grossem politischem und gesellschaftlichem Druck zurück. Unter Präsidentin Dilma Rousseff ist dieser Prozess ganz zum Stillstand gekommen.

Um ihren Rechten Gehör zu verschaffen und den Demarkationsprozess voranzutreiben, besetzen Guarani-Gemeinschaften Teile ihrer ehemaligen Territorien. Die Grossgrundbesitzer versuchen die Guarani mit «Pistoleros», bewaffnete Milizen, einzuschüchtern. Gewalt und Todesdrohungen sind an der Tagesordnung. Zwischen 2003 und 2011 gab es in Mato Grosso do Sul 190 Mordversuche, die meisten im Zusammenhang mit Landkonflikten. 250 Angehörige indigener Gemeinschaften und Mitarbeitende von Menschenrechtsorganisationen wurden ermordet.



Tag für Tag donnern die Lastwagen der Agrarkonzerne an den Guarani-Familien vorbei.

### **Das Menschenrecht auf Nahrung**

Die Menschenrechtsorganisationen Fian (Food First International Network) unterstützt die Guarani seit 2005. Sie klärt die Guarani über ihre Rechte auf, stärkt ihre organisatorischen Kapazitäten, berät sie juristisch bei der Einforderung ihrer Rechte und sensibilisiert die Öffentlichkeit für deren Anliegen. Weil die nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft sind, planen die Guarani, unterstützt durch Fian und den Indigenen-Missionsrat der Katholischen Kirche (Cimi), bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IKM) in Washington das Menschenrecht der indigenen Bevölkerung auf Nahrung einzuklagen. Zudem fordern sie Schutzmassnahmen gegen die Gewalt.

Zu diesem Zweck erfasst Fian Daten zur Ernährungssituation und ökonomischen Situation von drei Guarani-Gemeinschaften. Sie sammelt Fallbeispiele und Zeugenaussagen zu den Umwelt- und Sozialkonflikten und dokumentiert so die Folgen und Menschenrechtsverletzungen, welche die Guarani-Gemeinschaften durch den fehlenden Zugang zu ihrem Lebensraum erleiden.

Fian und Cimi werden die Öffentlichkeit regelmässig über die laufenden Stellungnahmen der IKM zum Fall Guarani informieren und so den politischen Druck auf die Regierung erhöhen, den Demarkationsprozess fortzusetzen und der indigenen Bevölkerung ihr Land zurückzugeben. Fian will die Diskriminierung der Guarani aber auch international bekannt machen und die Stellungnahmen der IKM zum Fall Guarani bei den UNO-Menschenrechtsinstanzen einbringen: als repräsentatives Beispiel für den Kampf indigener Gemeinschaften um die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung und Land.